



Herrn
Oberbürgermeister
Hans Schaidinger
Altes Rathaus
93047 Regensburg

Stadt Regensburg	
Oberbürgermeister	
Federt. <input type="checkbox"/> R	Termin:
SKZ <input type="checkbox"/> St	<input type="text"/>
Vorb. <input type="checkbox"/> U	
per Fax <input type="checkbox"/> z.w.V.	
Datum: 13. JULI 2009	
<input type="checkbox"/> W/V bei D1 _____	
ø an _____ z.K.	

Regensburg, 2. Juli 2009
Gro

Neugestaltung von Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

CSU- und SPD-Fraktion stellen zur Behandlung im nächsten Stadtratplenium folgenden

Antrag:

- 1) Die Verwaltung wird beauftragt, insbesondere über die entsprechenden Gremien des Bayerischen Städtetages, Verhandlungen mit der Staatsregierung zu führen, mit dem Ziel, Übergangswohnheime beziehungsweise Gemeinschaftsunterkünfte neu zu gestalten, zu verkleinern oder zu schließen soweit dies bundesrechtlich zulässig ist, um damit den Bedürfnissen der Betroffenen nach Sicherheit und angemessener Privatsphäre ausreichend Rechnung zu tragen. Hierbei sind die spezifischen Gegebenheiten jeweils vor Ort zu berücksichtigen.
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, unter anderem in Gesprächen mit freien Trägern und Wohlfahrtsverbänden nach Möglichkeiten zu suchen und Maßnahmen vorzuschlagen, wie vor allem Kindern und Jugendlichen eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden kann.
- 3) Im Rahmen von Verhandlungen über einen allgemeinen Sozialtarif für bedürftige Personengruppen im Bereich des ÖPNV sollen Flüchtlinge mit einbezogen werden.
- 4) Zu allen drei Punkten wird dem Stadtrat neu berichtet.

Begründung:

Die Stadt Regensburg begrüßt die Initiativen der Staatsregierung und verschiedener Gruppierungen, verstärkte Bemühungen zu unternehmen, den Menschen, die in Bayern Schutz und Zuflucht suchen, menschenwürdigere Bedingungen angedeihen zu lassen, die es ihnen ermöglichen, für sich und ihre Familien eine Zukunftsperspektive zu finden.

Dass in diesem Zusammenhang auch über die Verkleinerung bzw. Schließung von Gemeinschaftsunterkünften nachgedacht wird, ist sinnvoll, sollte aber in jedem Fall vor dem Hintergrund der Gegebenheiten vor Ort und in Absprache mit den Entscheidungsträgern vor Ort entschieden werden.

Eine Verpflichtung zum Wohnen in Gemeinschaftsunterkünften ist für die Dauer des Asylverfahrens durch Bundesgesetz geregelt. Mögliche Ausnahmen sind ebenfalls geregelt. Neue Überlegungen für den Zeitraum außerhalb des eigentlichen Asylverfahrens und Verbesserungen für einzelne Personengruppen wie insbesondere unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Kinder, Senioren, Menschen mit Behinderungen, Frauen in besonderen Lebenssituationen oder traumatisierte Menschen sollten veranlasst werden.

Die Ankündigung des Freistaates, einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten, der allgemein eine geringere Belegungsdichte – mehr Wohnraum für die einzelnen Bewohnerinnen und Bewohner, insbesondere für geduldete Ausländer vorsieht, wird ausdrücklich begrüßt.

Klar muss aber auch sein, dass der Freistaat für die daraus entstehenden neuen Lebenswirklichkeiten die Verantwortung trägt und beispielsweise entsprechend Wohnraum zur Verfügung stellen muss.

Bei geduldeten Ausländern ist in der Regel von einem längerfristigen Verbleib in der Bundesrepublik auszugehen. All denen, die ihren Aufenthalt nicht erzwungen haben, verbesserte Entscheidungsmöglichkeiten einzuräumen, sich um eine eigene Wohnung zu bemühen und aus der Gemeinschaftsunterkunft auszuziehen, wird im Einzelfall für sinnvoll erachtet.

Eine isolierte bzw. vorrangige Schließung der GU Plattlingerstraße und Landshuterstraße, die nicht im Rahmen einer generellen Auflösung aller Gemeinschaftsunterkünfte in Bayern und einer Konzeption des Freistaates zur Versorgung der betroffenen Menschen mit angemessenem Wohnraum eingebunden wäre, kommt aus Sicht des Regensburger Stadtrates nicht in Frage, weil dadurch die Gefahr bestünde, dass die Bewohner lediglich in andere Gemeinschaftsunterkünfte umgesetzt würde.

Unabhängig von der Debatte über Schließung bzw. Verkleinerung von Gemeinschaftsunterkünften hat sich die Stadt Regensburg im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereits bisher immer der Verantwortung gestellt, an der Schaffung einer Zukunftsperspektive für betroffene Menschen mitzuwirken. Insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe (speziell der wirtschaftlichen Jugendhilfe) wurden Ermäßigungsangebote natürlich auch und immer bei Flüchtlingskindern angewendet.

Dennoch haben Gespräche mit Betroffenen und insbesondere den Organisationen, die sich seit Jahren um Flüchtlinge kümmern und im diesen Rahmen oft froh sind, dass es Gemeinschaftsunterkünfte gibt, weil dort deren Angebote besser greifen, deutlich gemacht, dass mit gemeinsamen Anstrengungen, insbesondere im Bereich der Mobilität der Flüchtlinge und im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, Teilhabe von Flüchtlingskindern noch verbessert werden kann.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Schlegl

CSU-Fraktionsvorsitzender



Norbert Hartl

SPD-Fraktionsvorsitzender